

glaube ich, daß bei der Gestalt, die die Sache gewonnen hat, von einem Vereinigungsverfahren nicht mehr die Rede sein und es sich darum nicht weiter handeln könne. Wir geben bloß die Erklärung zu Protocoll, denn ein Vereinigungsverfahren würde allerdings wohl kaum noch möglich sein.

Vicepräsident Gottschald: Ich erwidere dem geehrten Vorredner, daß eine Differenz zwischen der ersten und zweiten Kammer in dieser Angelegenheit besteht, welche nunmehr durch ein vorschriftsmäßig abzuhaltendes Vereinigungsverfahren auszugleichen und wobei der Versuch zu machen wäre, ob die jenseitige Kammer nicht dem Beschlusse der ersten Kammer beitreten wolle. Sollte dies hier nicht gewünscht werden, so halte ich für meine Person eine Ermächtigung der Kammer für nöthig, dahin lautend, daß die Deputation von dem Versuche zu einer Vereinbarung mit der jenseitigen Kammer abstehe. Denn ich kann unmöglich der vierten Deputation den Vorwurf aufladen, als sei die Sache von ihr nicht befördert und erledigt worden.

Graf Hohenthal-Königsbrück: Ich bin mit meiner Bemerkung ganz befriedigt.

Präsident v. Schönfels: Ich hätte kaum geglaubt, daß von Seiten der Kammer der vierten Deputation eine Ermächtigung gegeben sei, weil vorauszu sehen ist, daß ein Zweck damit nicht erlangt werden kann. Denn gesetzt, die zweite Kammer ginge ab von ihrer früheren Meinung, welche dahin ging, nicht auf das Materielle der Sache einzugehen, so würde doch nicht Zeit dazu da sein, eine nähere Prüfung dieser Angelegenheit bei der zweiten Kammer eintreten zu lassen. Ich glaube, die vierte Deputation kann sich vollständig beruhigen, wenn die Sache, wie sie eben liegt, liegen bleibt.

Vicepräsident Gottschald: Ich beruhige mich insofern, als ich nun annehme, daß die Kammer wünscht, kein Vereinigungsverfahren abzuhalten.

Präsident v. Schönfels: Ich glaube, die Kammer muß das wünschen, weil es im Bereiche der Unmöglichkeit liegt, zum Zwecke der Vereinbarung zu gelangen. Daher würde der Gegenstand als erledigt anzusehen sein, und auch der Vortrag aus der Registrande, denn es war das die letzte Nummer. Ich habe nun noch als krank zu entschuldigen Herrn v. Posern, ferner Herrn Grafen Schönburg, die beide abgehalten sind durch Unwohlsein, der heutigen Sitzung beizuwohnen. Wegen dringender Geschäfte sind ebenfalls abgehalten, der heutigen Sitzung beizuwohnen, Herr Bischof Dittrich und Herr Geheimrath v. Könneritz. Wir würden nun zur

Tagesordnung

übergehen, und zwar zuerst zum Vortrage einer ständischen Schrift, das Volksschulgesetz betreffend. Ich würde Herrn Freiherr v. Welck bitten, diesen Vortrag uns zu geben.

v. Welck: Die ständische Schrift, den Gesetzentwurf über einige Abänderungen und Zusätze zum Volksschulgesetz

betreffend, ist von dem Referenten der jenseitigen Deputation entworfen, von den Mitgliedern unserer Deputation geprüft, einige Bemerkungen dagegen geäußert, dieselben von dem jenseitigen Referenten berücksichtigt, sodann die Schrift in der zweiten Kammer vorgetragen und schließlich genehmigt worden. Ich erlaube mir nun, dieselbe auch hier der geehrten Kammer vorzutragen.

(Der Vortrag erfolgt.)

Präsident v. Schönfels: Wenn Niemand gegen die Fassung der soeben vorgetragenen Schrift etwas einwendet, so ist dieselbe als genehmigt anzusehen und wird in dieser Maasse abgelassen werden. Ich werde nun den Herrn Bürgermeister Wimmer ersuchen, diejenige Schrift vorzutragen, welche sich auf die Gewerbeordnung bezieht.

Bürgermeister Wimmer trägt die betreffende ständische Schrift vor.

Präsident v. Schönfels: Wenn auch gegen diese Schrift Niemand etwas erinnert (es meldet sich Niemand), so ist sie gleichfalls als genehmigt anzusehen und wird in dieser Art abgelassen werden, wie sie vorgelesen worden ist. Wir können nun zu dem Gegenstande der Tagesordnung übergehen, der sich auf den Vortrag der Resultate bezieht, welche in Bezug auf das Vereinigungsverfahren in der Militairpensionsangelegenheit sich vorfinden.

Referent Prinz Johann: Ueber das Materielle der Sache glaube ich der geehrten Kammer keinen Vortrag erstatten zu dürfen, es ist Ihnen gewiß noch frisch im Gedächtniß. Die zweite Kammer hat bei der abermaligen Berathung des Gesetzentwurfs ihn abermals, jedoch diesmal nur gegen 16 Stimmen verworfen, es sind also 6 Stimmen der Regierung zugewachsen. Diesen Morgen fand in Folge dessen das Vereinigungsverfahren mit der zweiten Kammer statt. Die Deputation der zweiten Kammer hat sich nicht bewegen finden können, von ihrer Ansicht abzugehen; es tauchte indessen bei dem Vereinigungsverfahren selbst ein Vorschlag auf, dem die Staatsregierung auch ihre Zustimmung gegeben hat, und den sich Ihre Deputation doch erlaubt Ihnen zu empfehlen, in der Hoffnung, daß vielleicht durch Annahme dieses Vorschlags die Möglichkeit einer Vereinigung doch noch angebahnt werden oder wenigstens eine genügende Anzahl Stimmen in der zweiten Kammer gewonnen werden könnte. Er ist ein Antrag in die Schrift; denn ein Antrag zu dem Gesetze selbst läßt sich nach Lage der Sache jetzt nicht mehr einbringen, denn die Regierung hat eine unbedingte Erklärung mit Ja oder Nein verlangt. Der Antrag ist folgender: „Bei dem zweitfolgenden Landtage der Ständeversammlung über die Resultate der vorgeschlagenen 3jährigen Durchschnittszeit Mittheilung zu machen und ihre Ansicht über die Beibehaltung oder Aufhebung der Einrichtung zu eröffnen.“ Es sind nämlich von anderer Seite die Besorgnisse dagegen angeregt worden, es könnte die Pensionslast durch diese Bestim-